



MUSIK FÜR LAU

BILDUNGSPAKET Während Verbandsfunktionäre und Politiker das Bildungspaket von Bundesministerin von der Leyen kleinreden, machen Träger und Vereine an der Basis mobil.

Text: Holger Bernert

Die Idee kam Wolfram Dehner während einer Autofahrt. Wieder einmal musste sich der Schwabe übers Radio jede Menge Klagen über die mangelhafte Akzeptanz des Bildungspakets anhören. „Da müssen wir selber was unternehmen“, fand der Erste Vorsitzende des Musikvereins Bisingen. Gesagt, getan: Schon am 4. Mai beschloss der Verein: „Allen Kindern aus Familien der Gemeinde Bisingen, die Anspruch auf Leistungen aus dem Bildungspaket haben, soll ermöglicht werden, ein Instrument zu erlernen.“ Das Modell: Eine 45-minütige Unterrichtsstunde kostet 28,50 Euro. Davon übernimmt der Verein 8,50 Euro, zehn weitere Euro kommen aus dem Bildungspaket. Der Anteil der Eltern hätte dann nur noch zehn Euro betragen.

Hätte, denn: Mit dieser Lösung gab sich Dehner nicht zufrieden. Als er mitbekam, dass die regionale Sparkasse Zollernalb anlässlich ihres 175-jährigen Bestehens ebenso viele vorbildhafte örtliche Initiativen finanziell zu unterstützen, machte Dehner Nägel mit Köpfen. Er reichte die Patenschaftsaktion ein – und am 19. September kam das erlösende Schreiben: Glückwunsch – Sie sind dabei. Aus dem Finanztopf der Sparkasse wandern nun 2500 Euro ins Budget des Musikvereins. Das erlaubt es, Musikschüler aus sozial schwachen Familien für insgesamt 250 Unterrichtsstunden völlig bei-

tragsfrei zu stellen. Nun kann nach Herzenslust getrommelt, gefidelt und getutet werden im Schatten der Stammburg der preußischen Könige.

Waterloo in Berlin

Das schwäbische Beispiel passt so gar nicht in den intellektuellen Mainstream. Wo man hinhört, wird darüber gezetert, wie zäh und zaghaft es bei der Umsetzung des so genannten Bildungs- und Teilhabepakets, einer der Lieblingsinitiativen von Bundesministerin Ursula von der Leyen, in die Praxis zugehe. „Ein Waterloo für die Bundesregierung“ nennt der Jugendforscher Klaus Hurrelmann das Projekt; nur etwas mehr als ein Drittel der anspruchsberechtigten Familien hätten bisher von den Hilfen Gebrauch gemacht. Hurrelmann: „Jetzt rächt sich, dass die Leistungen nur auf Antrag der Eltern zur Verfügung gestellt werden.“

Das sehen auch manche Vertreter der oberen Verbandshierarchien so. „Viel zu bürokratisch“ findet Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen, das Bildungspaket und fordert eine umfassende Revision. Adolf Bauer vom Sozialverband Deutschland kritisiert die „schlechte Vermittlung und die abschreckenden Gutscheinregelungen“. Nötig sei jetzt ein zielgerichteter Abbau von bürokratischen Hemmnissen. Für Heinz Hilgers, Präsident des Deutschen Kinder-

schutzbundes, ist das Bildungspaket „unter der symbolischen Glasglocke des Bundestags“ und deshalb mit viel Bürokratie und einem komplizierten Antragsverfahren entstanden.

Dabei ist die Basis viel kreativer, als sich dies die Strategen träumen lassen. Hamburg geht hier mit gutem Beispiel voran. Im Stadtstaat dürfen Sportvereine oder Musikschulen direkt mit den Jobcentern abrechnen. Auf diese Weise können Kinder aus armen Familien auch ohne den Antrag ihrer Eltern ein Instrument lernen oder sich sportlich betätigen. Und auch in Bisingen weiß man, wie heikel es ist, wenn sich Eltern zum Bezug von Zuschussmitteln bekennen müssen. Die Schwaben erwägen deshalb ebenfalls, die Anträge für den Musikunterricht stellvertretend für die Eltern einzureichen. Um die Anonymität der Geringverdiener zu schützen, sollen die Familien nicht direkt vom Verein, sondern über die Gemeinde angeschrieben werden. Vorsitzender Dehner: „Dann weiß keiner, welche Kinder mithilfe des Bildungspakets ihr Instrument lernen und welche nicht.“

Nicht überall läuft es so erfolgreich wie in Hamburg oder Schwaben. So gibt es in Krefeld derzeit etwas mehr als 16 000 Kinder mit Rechtsanspruch auf Förderung. Bisher wurden aber nur rund 3000 Anträge gestellt. Die Lernförderung sei die am wenigsten nachgefragte Leistung, heißt es

aus der Stadtverwaltung. Auch in Duisburg ist die Schere zwischen Angebot und Nachfrage zu spüren. Von etwa 33 000 Duisburger Jugendlichen kamen bisher nur knapp 4330 Anträge. Immerhin hat jetzt das Jobcenter Duisburg reagiert und alle 16 000 in Frage kommenden Familien angeschrieben. Darüber hinaus soll in sozialen Netzwerken kräftig für das Bildungspaket getrommelt werden.

Eine der wenigen positiven Stimmen kommt vom Deutschen Städtetag. „Die Startschwierigkeiten beim Bildungspaket werden immer mehr überwunden“, meint Hauptgeschäftsführer Stefan Articus. „Vier Monate nach Inkrafttreten stoßen die Leistungen auf wachsendes Interesse. Die Städte kümmern sich besonders darum, die Eltern und Kinder unmittelbar anzusprechen – in den Schulen und Kindertagesstätten, Jobcentern sowie Sozial- und Jugendämtern.“

Um so etwas kümmert sich beispielsweise Jürgen Kotter. Die pädagogische Fachkraft

beim Oberhausener Arbeitslosenzentrum hat bisher rund hundert Antragsstellern beim Ausfüllen der Bögen geholfen. Unklar sind für den Fachmann nur noch Einzelfragen. So bleibt zum Beispiel offen, wer denn zum Beispiel Nachhilfe geben darf. Reicht die mathebegabte Schülerin von nebenan, die drei Euro für die Nachhilfestunde verlangt, oder muss es ein zertifiziertes Institut sein?

Antragsflut im Emsland

Ulf Roggendorf vom Bürodienst Oberberg hat diesen Unterschied praktisch erfahren. Der Klein-Unternehmer, der im Oberbergischen Kreis – also dem Raum Köln/Bonn/Olpe/Siegen – aktiv ist, wurde als mobiler Nachhilfelehrer zwar akzeptiert, aber mangels einer klassischen Lehrerausbildung als studentische Hilfskraft mit einer Stundenpauschale von acht Euro eingestuft. Nach einer Intervention wird Roggendorf, der gewöhnlich für einen Stundensatz von 25 Euro arbeitet,

vom Landkreis jetzt immerhin mit 15 Euro entlohnt.

Roggendorf hält die Bildungspaket-Initiative für durchweg sinnvoll. Lediglich die überhastete Implantierung in die Praxis habe dazu geführt, dass bei den Mitarbeitern der zuständigen Stellen weitgehende Ahnungslosigkeit über die Abläufe geherrscht habe. Nach anfänglichem Stottern der Initiative laufe das Programm inzwischen aber recht gut.

Dass, wo das Personal ausreichend vorbereitet ist, auch überdurchschnittlicher Erfolg erzielt werden kann, zeigt ein Blick in den Landkreis Emsland. Dort brachte eine wahre Antragsflut das Amt an die Grenzen des Möglichen. 2400 Anträge für die Ausstattung mit Schulbedarf gingen im August binnen kürzester Frist ein; ein Ende war nicht abzusehen. Um die Anträge zu bewältigen, musste die Behörde das komplette Personal inklusive aller Auszubildenden, zusätzlicher Kräfte und Überstundenkapazitäten mobilisieren.